

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände  
der Freien Wohlfahrtspflege  
des Landes Nordrhein-Westfalen

An die Medien in NRW

26. November 2013

Pressemitteilung

## Pressestelle

c/o Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW  
Loher Straße 7, 42283 Wuppertal  
Telefon: (0202) 28 22 - 438  
Telefax: (0202) 28 22 - 428  
E-Mail: [presse@freiewohlfahrtspflege-nrw.de](mailto:presse@freiewohlfahrtspflege-nrw.de)  
Kontakt: Susanne Meimberg, Pressesprecherin

## Betreuung von Kindern in integrativen Kitas gefährdet Landschaftsverband Rheinland will Therapeuten nicht mehr finanzieren

**Wuppertal / Düsseldorf, 26.11.2013.** Die gemeinsame Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung in integrativen Kindertagesstätten im Rheinland ist in Zukunft gefährdet. Der Landesjugendhilfeausschuss Rheinland will ab dem 1. August 2015 keine therapeutischen Leistungen mehr durch den Landschaftsverband finanzieren. Der Landschaftsverband Rheinland geht davon aus, dass die Krankenkassen die Kosten zukünftig übernehmen. Dies ist derzeit nicht sichergestellt.

Bisher wurde in integrativen Kitas pro Gruppe eine therapeutische Fachkraft finanziert. „Betroffen sind im Rheinland 1.050 integrative Gruppen – mit 15.000 Kindern, davon 5.000 Kinder mit Behinderung. Gefährdet sind die Stellen von 2.100 Fachkräften in Teilzeit“, so Marita Haude, Geschäftsführerin des Arbeitsausschusses Tageseinrichtungen für Kinder der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NRW. Eltern von Kindern mit und ohne Behinderung seien dringend auf die Betreuung angewiesen.

Helga Siemens-Weibring, Geschäftsbereichsleiterin der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, ergänzt: „Es kann nicht sein, dass die Politik das Thema Inklusion ganz oben auf die politische Agenda setzt und dann bei der Finanzierung die Träger im Regen stehen lässt und die Eltern stärker belastet.“ Zukünftig müssten die Eltern Anträge auf therapeutische Unterstützung bei den Krankenkassen stellen. Streicht der Landschaftsverband Rheinland seine Mittel für die pädagogische und therapeutische Betreuung von Kindern mit Behinderung ohne eine definitive Anschlussfinanzierung durch die Krankenkassen, wird es unweigerlich zu großen Qualitätseinbrüchen kommen, so die Einschätzung von Wohlfahrtsverbänden und Kirchen.

Der von der Politik beteuerte Inklusionsanspruch könnte dann nicht realisiert werden. „Der Landschaftsverband Rheinland muss die Mittel für therapeutisches Personal in den Kitas sicherstellen bis klare Vereinbarungen mit den Krankenkassen getroffen sind“, fügt Martin Künstler, Fachgruppenleiter für Tageseinrichtungen für Kinder beim Paritätischen NRW, hinzu.

Gemeinsam für ein soziales Nordrhein-Westfalen



# Freie Wohlfahrtspflege NRW

---

Seit mehr als 30 Jahren fördert der Landschaftsverband Rheinland integrative Kindertagesstätten und gewährleistet durch die Fachkräfte gute Bedingungen für eine ganzheitliche interdisziplinäre Förderung der Kinder. „Sollte es zu den Kürzungen kommen, heißt das, dass wir jahrelang bewährte Konzepte für ein gemeinsames Lernen und Zusammenleben von Kindern mit und ohne Behinderung in Kitas nicht in gewohnter Qualität fortführen können“, so Klaus Eberl, Oberkirchenrat der Evangelischen Kirche im Rheinland. Ohne eine entsprechende finanzielle Unterstützung könnten die freien Träger die Mehrkosten für die therapeutischen Fachkräfte nicht aufbringen. Die Politik ist gefordert, eine Anschlussfinanzierung sicherzustellen.

## Hinweis:

Diese Pressemitteilung wird zeitgleich von den Pressestellen der Caritas in NRW, der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege NRW verschickt.

Gemeinsam für ein soziales Nordrhein-Westfalen

